

Harmonischer Gleichschritt und totale Unstimmigkeit

REGENSDORF Vertreter von acht Parteien brachten ihre Meinung zu den Themen Arbeitsplätze, Sozialpolitik, Energiewende und Verkehrsentwicklung zum Ausdruck. Sie erklärten zudem, wie sie ihre Ideen im Kantonsrat umsetzen wollen und was ihnen am meisten am Herzen liegt.

Spontan, unkompliziert und innerhalb kurzer Zeit sei das Wahlpodium zustande gekommen, erklärte Robert Brunner (Grüne) aus Steinmaur. Die Parteien des Bezirks Dielsdorf haben sich zusammengetan, um für den Kanton Zürich relevante Themen zu diskutieren. Moderator Benjamin Geiger, Chefredaktor des «Zürcher Unterländers», führte durch den Abend. Bisher verlief der Wahlkampf eher zurückhaltend. So waren nur gerade 20 Personen der Einladung am Donnerstag ins GZ Roos in Regensdorf gefolgt.

Der mögliche Verlust von Arbeitsplätzen wegen des tiefen Eurokurses lässt niemanden kalt. Und Barbara Franzen (FDP) aus Niederweningen hält fest: «Die Politik schafft keine Arbeitsplätze.» Es müssten Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Firmen geschaffen werden, zum Beispiel eine Verschlingung der Bürokratie. Daniel Frei (SP) aus Niederhasli prangert die Vernachlässigung der Ausbildung des einheimischen Nachwuchses an. «Mit dem Numerus clausus beim Medizinstudium haben wir uns selber Steine in den Weg gelegt.» Auch Barbara Franzen spricht sich klar für eine Investition in die Ausbildung aus. Raymond König (CVP) aus Niederhasli plädiert für mehr Engagement in der Forschung.

Zukunftsweisendes Projekt

Barbara Schaffner (GLP) aus Otelfingen findet den Innovationspark Dübendorf ein Zukunftsprojekt, wo Firmen zusammengebracht werden können. Einig ist sich die Runde, dass es Investoren braucht, damit ein solches Projekt umgesetzt werden kann. «Wenn wir die finden, dann kann der Innovationspark erfolgreich sein», sagt Raymond König.

Hans Egli (EDU) aus Steinmaur hält das heutige System des Sozialwesens für «grundsätzlich gut». Allerdings stört ihn, dass es zu wenig Möglichkeiten für Sanktionen gebe. Christian Lucek doppelt nach: «Es gibt zu viele Anreize für eine soziale Hängematte.»

Zudem sieht er die Rolle der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) als «hochproblematisch», da sie als Verein handle, und die Gemeinden müssten sich den «undemokratischen Strukturen unterwerfen». Katharina Schafroth (EVP) aus Dielsdorf ruft zu mehr gesellschaftlicher Solidarität auf. «Die Betroffenen müssen ihre Würde wahren können», sagt sie. Das Problem liege bei jenen, die auf lange Sicht auf Sozialhilfe angewiesen sind, zum Beispiel psychisch Kranke. Bei der Frage, ob das Auto eine Notwendigkeit sei oder nicht, kam Leben in die Runde. Hans Egli will eine einheitliche Regelung. «Das Auto gehört nicht dazu.»

Ausgerechnet Robert Brunner von den Grünen setzt sich für die 200 Sozialhilfeempfänger ein, die ein Auto besitzen. «Diese haben den Bedarf ausgewiesen.» Sorgen bereiten ihm aber die über 65-Jährigen, die «verlumpen». Das sei ein demografisches Problem. Das sieht auch Katharina Schafroth so und ortet deshalb bei den Ergänzungsleistungen ein grosses finanzielles Problem. Dieser Bereich werde die Gemeinden

künftig sogar stärker belasten als die Sozialhilfe.

Die Podiumsteilnehmenden waren sich einig, dass der Ausstieg aus der Atomenergie richtig ist. Raymond König gibt aber zu bedenken, dass es Zeit brauche. Vehement vertritt Barbara Franzen die Meinung, es dürfe kein Technologieverbot geben. «Nach heutigem Standard sollen sicher keine Atomkraftwerke mehr gebaut werden. Für die Zukunft muss das aber wieder möglich sein.» Und Raymond König hält fest: «Auf Komfort will niemand verzichten.» Die Strategien müssten also auf die Förderung erneuerbarer Energien und aufs Energiesparen fokussieren. Gemäss Daniel Frei würden allerdings die Anreize fürs Sparen fehlen, und Barbara Franzen ist dafür, steuerliche Anreize zu bieten, zum Beispiel bei der energieeffizienten Sanierung von Gebäuden.

Ein weiteres für den Kanton Zürich zentrales Thema ist die Verkehrsentwicklung. Unterschiedlicher Meinung war man bei der äusseren Nordumfahrung, die gemäss Christian Lucek mit einem Lägerentunnel direkt von Wettingen nach Winterthur führen soll. Damit ist Robert Brunner aber ganz und gar nicht einverstanden. «Damit erreichen wir gar nichts.» Zudem seien in der Planung des Bundes keine neuen Strassen vorgesehen. Vielmehr

müsse der öffentliche Verkehr gefördert werden. Christian Lucek macht darauf aufmerksam, dass der ÖV ohne die Subventionen durch die Verkehrsabgaben überhaupt keine Chance hätte.

Im Rat etwas bewirken

Nach zwei Stunden Für und Wider zu den vier wichtigen Themen wollte Benjamin Geiger von jeder Person wissen, wie sie als Mitglied des Kantonsrats wahrgenommen werden möchte. Die Wahlen finden am 12. April statt. Raymond König sieht sich als engagierten Teamplayer. Für Barbara Franzen stehen die Schule und die Diskussion um die Kesh im Vordergrund. Den Energieverbrauch verringern und Finanzen einsparen will Barbara Schaffner. Als sachlichen und nicht opportunistischen Politiker, der sich für die Wirtschaftsmacht Zürich mit Flughafen einsetzt, sieht sich Christian Lucek. Für Robert Brunner ist die Verwirklichung des Gesamtkonzeptes für das Naturschutzgesetz von grosser Bedeutung. An Lösungen im Sozial- und Gesundheitswesen mitzuwirken, hat Katharina Schafroth im Sinn, während Daniel Frei mit einem gesunden Selbstbewusstsein für die Region eintreten will. Hans Egli schliesslich sind die Anliegen der Leute wichtig, für die er sich öffentlich starkmacht.

Barbara Gasser

Wörtlich

«SVP-Regierungsrat Markus Kägi macht einen miesen Job. Nach wie vor fehlt ein Energieplan.»

Daniel Frei,
SP-Kantonsrat

«Bei den Grünen haben Frösche den grösseren Stellenwert als Menschen. Deshalb soll es keinen Strassenausbau geben.»

Hans Egli,
EDU-Kantonsrat

«Machen wir uns keine Illusionen. Der Verkehr wird auch in Zukunft nicht abnehmen.»

Christian Lucek,
SVP-Kantonsrat

«Wir bauen neue Strassen und erweitern das ÖV-Angebot, und trotzdem ist ständig alles verstopft.»

Katharina Schafroth Hächler,
EVP-Kantonsratskandidatin

«Es wird zu wenig Politik gemacht im

Kantonsrat. Gruppierungen jeder Couleur müssen zusammenhalten, um etwas zu bewirken.»

Raymond König,
CVP-Kantonsratskandidat

«Wir haben ein demografisches Problem. Sorgen machen mir die über 65-Jährigen, die verlumpen.»

Robert Brunner,
Grüne-Kantonsrat

«Wenn die rechtlichen Grundlagen geschaffen sind, können wir Firmen für den Innovationspark Dübendorf zusammenbringen.»

Barbara Schaffner,
GLP-Kantonsrätin

«Die Politik schafft keine Arbeitsplätze. Was wir brauchen, sind eine schlankere Bürokratie und bessere Rahmenbedingungen für Firmen.»

Barbara Franzen,
FDP-Kantonsratskandidatin



Viele Themen, viele Meinungen, viele Kandidaten. In Regensdorf diskutierten (von links): Hans Egli (EDU), Katharina Schafroth (EVP), Christian Lucek (SVP), Robert Brunner (Grüne), Daniel Frei (SP), Barbara Schaffner (GLP), Barbara Franzen (FDP) und Raymond König (CVP).

Urs Brunner

Aufgefallen

«Ergreifen Sie das Exkrement!» – oder die Anleitung für das Abreissen der Robidog-Säcke

Was Hunde heute auf öffentlichem Grund hinterlassen, entwickelt morgen, bei wärmeren Temperaturen, spezifische Düfte, die nicht so recht zu einem schönen Frühlingstag passen wollen. Just diese Sorge hat die Gemeinde Winkel nun dazu veranlasst, den Hunde haltenden Teil ihrer Bevölkerung an seine Pflicht zu erinnern, den Kot der Vierbeiner einzusammeln und «zweckmässig zu entsorgen».

Ganze zwei Seiten der aktuellen «Dorfzeitung» nimmt das leidige Thema in Anspruch. «Die Verunreinigungen durch Hundekot haben in letzter Zeit stark zugenommen», ist da zu lesen. Und weiter: «Vermehrt wurde festgestellt, dass Robidog-Säcke auf Strassen und entlang von Wegen liegen gelassen werden» – ganz abgesehen von den

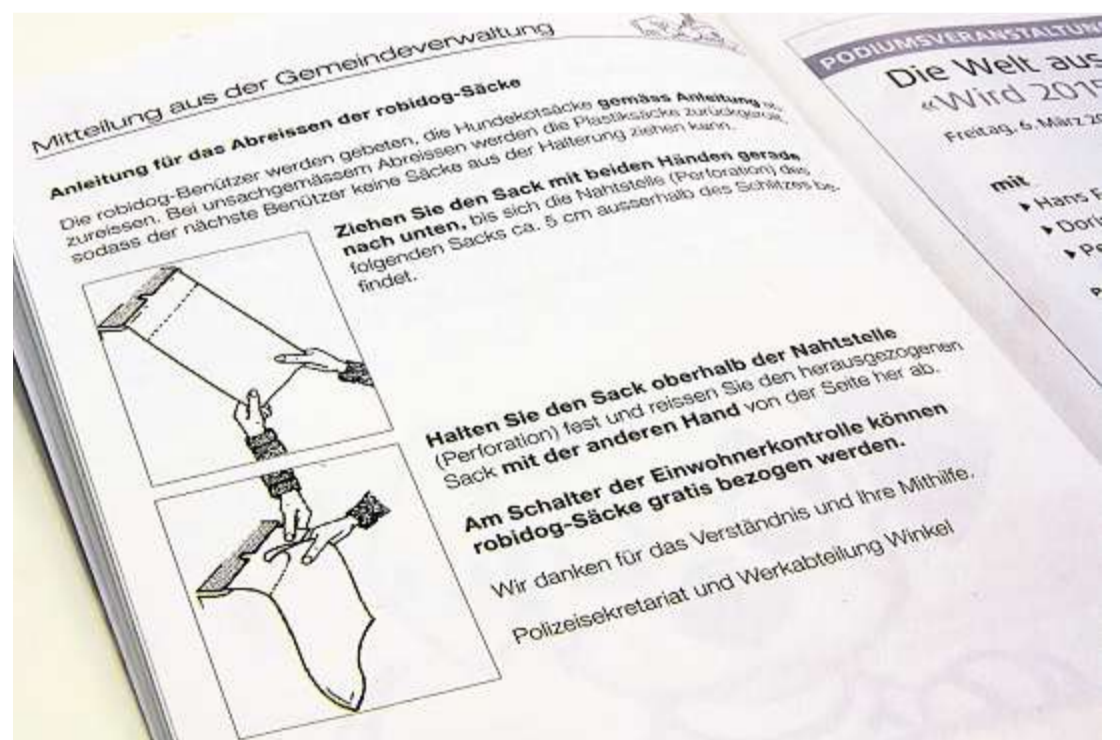
«Häufchen», die es gar nicht erst in ein Säckchen geschafft haben.

Nun scheint es, als hätten sich fehlbare Hundehalter zuweilen entweder hinter dem eigenen Unwissen ob des korrekten Abreissens eines Säckchens oder aber hinter dem Nichtvorhandensein desselben versteckt. So zumindest lässt sich erklären, warum die Winkler Behörde der Problemschilderung zugleich eine «Anleitung für das Abreissen der Robidog-Säcke» folgen lässt – immerhin unterzeichnet vom örtlichen Polizeisekretariat.

Was auf den ersten Blick etwas gar lehrmeisterlich anmutet, hat durchaus Gründe, denn: «Bei unsachgemäßem Abreissen werden die Plastiksäcke zurückgerollt, sodass der nächste Benutzer keine Säcke aus der Halterung ziehen kann.»

Die Anleitung ist nicht etwa von den Winklern selber entworfen worden. So findet sie sich auch als herunterladbares PDF auf der Webseite der Gemeinde Basadingen-Schlattigen TG – und zwar in der «Vollversion», ergänzt durch die (ebenfalls illustrierte) Anleitung für die eigentliche «Robidog-Exkrementenbeseitigung». Und die ist sprachstilistisch von besonderem Wert – dank der Imperative «Ergreifen Sie das Exkrement!» oder «Eignen Sie sich einen neuen Sack an!».

Warum das Winkler Polizeisekretariat seinem Dorf diesen zweiten Teil vorenthalten hat, ist fraglich – zumal nun an die Stelle der Ausreden «Kein Sack mehr» oder «Sack angerissen» die Variante «Wusste nicht wie einsammeln» treten könnte. fo



Angerissene oder zurückgerollte Säcke veranlassen einzelne Gemeinden, die korrekte Handhabung eines Robidog-Kastens in Wort und Bild zu veröffentlichen. Dieses «Betriebshandbuch» gilt übrigens nicht nur für Winkler. fo